

Abg. Dr. Kopsch (U. S.) begründet die unabhängigen Interpellationen. Die politischen Morde seien bisher von Dr. Kopsch und Studenten ausgeführt worden. Jetzt sei der Versuch gemacht, diese Gegenmaßnahmen zu verhindern. Die Gegenmaßnahmen haben allerdings das attentatspflichtige über ein halbes Jahr herabgesetzt. Die Deutschnationalen könnten diese Maßnahmen nicht von ihren Köpfen schütteln. Die Reichswehr habe eine Beweiserhebung bewiesen. Der Redner wendet sich scharf gegen die Unversität und höheren Schulen, in denen ein Geist der Verleumdung gegen die Staatsautorität großgezogen werde.

Artikel 18 der Verfassung.

Nach 3 Uhr wird die Aussprache durch die Gesamtentscheidung über den Gesetzentwurf zur Ausführung des Artikels 18 der Reichsverfassung (Reinigung von Ländern durch Volksabstimmung) unterbrochen. Die Vorlage wird gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien angenommen.

Abg. Vogel-Stranz (Soz.) begründet die mehrheitspolitische Interpellation.

gegen die Regimentsfeiern.

Nicht die Gesinnung solle gebührend werden, sondern den Vorkämpfern müsse ein Ende gemacht werden. Der bantische Innenminister habe angeordnet, daß ihm von allen Maßnahmen auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vor ihrer Ausführung Mitteilung gemacht werde. (Hört, hört! links.) Das könnte zur Folge haben, daß Vorkämpfer gemordet werden. In Bayern kamme sich alles, was auf den Revanchetrip hinarbeite. Der Führer der bantischen Volkspartei, Feld, habe erklärt, Deutschland sei zur Republik weder reif noch geeignet. Oberst Gerstel habe die Hoffnung ausgesprochen, daß die Franzosen schon in einigen Wochen aus der Pfalz hinausgeworfen sein würden. In Erlangen würden die Studenten von der Artillerie-Schule ausgebildet. Die Reichswehr sei ein Hort der Reaktion und der schwarz-weiß-roten Fahne.

Justizminister Dr. Radbruch erklärte, von einem amtlichen Erlaß des bantischen Innenministers bezüglich der Internierung bei Maßnahmen auf Grund der neuen Verordnungen sei hier nichts bekannt. Er würde im Gegenteil zur Rechtslage stehen. Man müsse Verständnis haben für die Schwierigkeiten der bantischen Regierung.

In Vertretung des erkrankten Reichswehrministers antwortete

Major Schürer

auf die Angriffe gegen die Reichswehr. Er erklärte, daß er nicht zu den einzelnen Vorfällen Stellung nehmen könne, die sich im übrigen anders zugetragen hätten, als hier dargestellt wurde. Die Beteiligung der Reichswehr an der Hindenburg-Expedition in Königsberg sei vom Reichswehrministerium genehmigt. Die Reichswehr hielt sich genau an die Vereinbarungen, eine Demonstrationen aber nicht, so daß es zu Zusammenstößen kam. Die Truppen wurden zur Notwehr gezwungen. Von unverständlicher Seite werde behauptet, daß die Angriffe auf die Reichswehr vorbereitet waren. (Lärm links.) Die Gegenfeiern sind fast durchwegs ruhig verlaufen. Das habe auch der unabhängige-Sozialistischer-Sozialistischer Innenminister Lipski anerkannt. Das Recht der Meinungsäußerung müsse auch weiter bestehen. Wenn man die schwarz-weiß-rote Fahne verbieten wolle, dann dürfe man auch die rote Fahne mit dem Sowjetstern nicht genehmigen. Die Regimentsfeiern sollen eigentlich die Gegenfeiern im Volke sein. Monarchistische Kundgebungen sind es nicht. (Lärm links, Ausruf: Freie Vögel, Ordnungswahl.) Gegen Unzufriedenheiten werde eingeschritten. Im übrigen unterliege die Frage eines völligen Verbots der Teilnahme der Reichswehr an Regimentsfeiern der Prüfung des Gesamtkabinetts.

Innenminister Dr. Kopsch beantwortet die Interpellation über die Selbstschutzorganisationen. Die Organisationen Röhren und Oberland sind schon früher aufgelöst worden. Der preußische Innenminister hat den Berliner Selbstschutz, den Verein Schlesischer Landwirte, der eine Fortsetzung von Röhren war, aufgehoben. Das Freikorps Oberland habe sich in München wieder aufgelöst. Der Breslauer Staatsanwalt veranlaßte Auflösung, die aber von der Wälder Behörde abgelehnt wurde. Nach der neuen Verordnung werden die weiteren Schritte unternommen werden. Der Minister zählt dann die rechtsgerichteten Organisationen auf, die aufgelöst worden sind, und die ihrerseits gegen diese Auflösung protestiert haben. Die Regierung werde weiter handeln. Ob ihre Mittel ausreichen, um den Geheimorganisationen ernsthaft zu Leibe zu gehen, das werde die Zukunft zeigen. Die Dinge müssen zentral behandelt werden. Darum sei ein Reichskriminalgericht dem Reichsrat bereits vorgezogen. Mit alle Vereine sind aus wirtschaftliche Not zurzeit aufgelöst. Es sei daher Fühlung genommen worden mit den Gewerkschaften und dem Reichsverband der deutschen Industrie.

Damit wird die Besprechung der Interpellationen geschlossen.

Abg. Kopsch (D. Vot.) schildert die Vorgänge in Ostpreußen und besonders in Königsberg und rechtfertigt das Verhalten der Reichswehr. Der Erlaß der Reichsregierung sei unerbötig gewesen. Man sollte das deutsche Volksempfinden doch nicht ganz töten. Die Angriffe in Königsberg durch die Unzufrieden fanden aus dem Hinterhalte statt. Die Reichswehr hatte gar keine geladenen Gewehre. Hindenburg habe auch

nach dem Zusammenbruch keine Pflicht gehabt. Er habe dafür gesorgt, daß nicht eine rote Armee, sondern ein wohlgeordnetes Heer in der Heimat verbliebe. Daher komme der Haß der Kommunisten. Schüsse sollten wir uns vor dem Auslande. (Lebhafter Beifall rechts und Unruhe links auf den Tribünen, großer Lärm links. Die Abgeordneten der Linken verlangen sofortige Räumung der Tribünen, anhalten großer Lärm, erregte Zwischenrufe von links und rechts.)

Reichspräsident Dr. Ebert ordnet an, daß drei Herren, die Beifall gefaßt hätten, von den Tribünen entfernt würden. Nur allmählich tritt wieder Ruhe ein.

Abg. Senf-Ottens (D. Vot.) stellt fest, daß auch vielfach Anhänger der Linken gefaßt hätten, ohne daß vom Präsidium eingeschritten worden wäre. Mit den Leuten, die der Ermordung Liebknechts angeklagt seien, hätten die Deutschnationalen nichts zu tun. Die deutschnationale Parteileitung habe angeordnet, daß alle Mitglieder, die einer verbotenem Organisation angehören, ausgeschlossen seien. Hindenburg sollte als Leiter des Ausschusses gewählt werden, auch von der Linken. (Geschrei links.) Die Reichswehr sollte in Königsberg überfallen werden. Der Selbstschutz sei nur entstanden als Abwehr gegen linksradikale Ausschreitungen. Das Königsberger Polizeipräsidium sei nicht frei von Schuld, auch die Regierung nicht. Der Redner wendet sich auf die Zwischenfälle in verschiedenen Orten. Ohne Selbstschutz und Reichswehr hätten wir längst die Anarchie. (Anbauender Lärm links.) Die Regierung werde die Ordnung noch öfters brauchen. (Beifall rechts.) Wir werden nur aus der Not herauskommen, wenn wir wieder eine nationale Einheitsfront von rechts bis links haben. (Beifall rechts, Lärm links.) Unter der Hand habe sich unorganisierten Rumor erhoben. Das lassen wir uns nicht mehr aus dem Herzen reihen. (Zustimmung rechts, Geschrei links.) Sie (nach der Linken gewandt) müssen sich schämen, daß Sie unterm letzten Heer in den Rücken gefallen sind. (Großer tosender Lärm auf der Tribüne.)

Die sozialistischen Abgeordneten springen von den Bänken und erheben drohend die Hände und rufen: Schuft!, Schuft!, Freier Hund!, Bluthund! Minutenlang anhaltender Lärm. Der Präsident überreicht schließlich die Glocke einem Diener und verläßt den Saal, nachdem er mitgeteilt hat, daß die Sitzung für eine Viertelstunde unterbrochen worden ist. Schluß 5 1/2 Uhr. — Der Lärm dauert noch an.

Die zweite Sitzung.

Um 7 Uhr eröffnet Präsident Ebert wiederum die Sitzung und teilt mit, daß der Abg. Senf-Ottens erklärt hat, daß er sich für seine Behauptungen auf Anmerkungen des unabhängigen Abgeordneten Stadtorordneten Vater berufen wolle. Die Sozialisten haben die Worte Senfs besonders kräftig empfunden, weil aus ihren Reihen der Abgeordnete Franz als Erster den Händedruck gestanden sei. Als der Präsident darauf dem Abg. Senf das Wort zur Fortsetzung seiner Rede erteilt, erhebt sich auf der Linken erneuter stürmischer anbauender Widerspruch, so daß sich Präsident Ebert gezwungen sieht, die Sitzung erneut abzubrechen und auf morgen 4 Uhr zu verlagern.

Deutsches Reich

Die Entscheidung über das Volksbegehren.

Dresden. Die Feststellung des Abstimmungsergebnisses des Volksbegehrens in ganz Sachsen wird nunmehr, wie der Landtagswahlleiter amtlich bekannt gibt, endgültig am Sonnabend, den 8. Juli in Dresden erfolgen. Infolgedessen ist nunmehr bestimmt damit zu rechnen, daß das Volksbegehren bez. die Forderung auf Auflösung des Landtags auf die Tagesordnung, der für nächste Woche vorzulegenden Landtagsitzung kommen und so die Entscheidung über das Volksbegehren nach in der kommenden Woche fallen wird. Die sächsischen Unabhängigen gegen den Eintritt in die Reichsregierung.

Eine Funktionärerversammlung der U.S.P. Groß-Dresden nahm am Dienstag, im Gegensatz zum Reichsausschuß der Unabhängigen Partei, eine gegen den Eintritt der Unabhängigen in die Reichsregierung sich aussprechende Entscheidung folgende Wortlaut an:

„Die heutige Funktionärerversammlung billigt die ablehnende Haltung der Dresdener Delegierten aus der Reichskonferenz in der Frage der Koalitionsregierung. Das wichtigste Erfordernis zum Schutze der Republik ist die Aktionskraft der Masse, die durch einen Eintritt in eine Koalitionsregierung nicht gefährdet, sondern geschwächt wird. Die Funktionärerversammlung erachtet die Mission der U.S.P., die Arbeiterbewegung auf dem Boden des losgelegten Klassenkampfes zurückzuführen, keineswegs für erledigt und verpflichtet sich, im Sinne der Erfordernisse dieses Klassenkampfes mit allen Mitteln zu wirken.“

Das Geheimnis vom Brintmerhof.

Roman von Erich Edenstein.

9. Nachdruck verboten.

„Könnte sie denn nicht einen Helfer gehabt haben?“

Schäfer stand ärgert auf.

„Du könntest einen verrückt machen mit Deinen Behauptungen! Aber ich will es nicht, daß Du mir solche Gedanken einbläst, die nur mein Urteil trüben könnten! Und ich verbiete Dir vor allem, dergleichen etwa durch ein unbedachtes Wort unter die Leute zu bringen; hörst Du? Das könnte ein schändes Unheil über unschuldige Menschen heraufbeschwören!“

Frau Marianne setzte eine beleidigte Miene auf.

„So flug bin ich schon selber! Und mit den Leuten über Dinge zu klatschen, die mit im Kopf herumgehen, dazu bin ich mir schon lange zu gut. Ob die da drüben aber wirklich so unbedacht sind, wie Du Dir einbildest, das wird die Zukunft beweisen. Ich wette! — Sie wies auf den Platz vor dem Haus hinab — „die Leute da unten sind auch nicht auf den Kopf gefallen und werden dem Lohle sehr bald das richtige Licht aufleuchten!“

So unecht hatte Frau Marianne mit ihrer Vermutung nicht. Zwar vorläufig war Titus Lohle noch der Allintendende. Mit Bonne genos er das Bewußtsein, aus dem Dunkel seines bisher unbeachteten Daseins heute — in diesem Kreise wenigstens — zur wichtigsten Persönlichkeit des Tages aufzuerstehen zu können.

Das voraussehend, war er auch nach der Einladung seines Freundes Siffel, nach beendetem Dienst auf ein „bedeutendes Glas Bier mit nachfolgendem Plausch“ zu kommen, gerne gefolgt.

Eingehend berichtete er nun seiner lauschenden Zuhörerschaft alle Umstände, welche die Kommission „herausgebracht“. Die Aufregung der Beside, die Aussagen der Hausleute von „drüben“ das ärztliche Gutachten, was der Bürgermeister „erfragt“ und der Herr Bezirksrichter „angeordnet“ habe — alles beschrieb er den Leuten.

Natürlich nur, soweit es sich mit der Wahrung des „Amtsgeheimnisses“ vertug. Denn auf dieses Amtsgeheimnis — er nahm das Wort alle zwei Minuten in den Mund — hielt Herr Titus Lohle große Stücke.

Zuletzt erfährt man abermals, daß es sogar schon

eine Spur des Täters gab und wie unglücklich die Obrigkeit verfuhr, um seiner habhaft zu werden.

Ein nach Mitternacht aus dem Wirtshaus von Ezentel heimkehrender Knecht des Bürgermeisters hatte von weitem eine männliche Gestalt aus der räumlichen Gartenpforte des Brintmerhofes kommen sehen.

Die Gestalt war in einen Bad- und Bettrockmantel gehüllt gewesen und schlich so verdächtig im Schatten der Bäume des Bachweges hin, daß der Knecht unwillkürlich stehen blieb, um sie zu erwarten. Denn der Mann kam geradeaus auf ihn zu.

Während aber mühte er den Knecht bemerkt haben, war im nächsten Augenblick wie vom Erdboden verschwinden und kam auch später nicht mehr zum Vorschein.

„Ob der verdächtige Mensch dem Knecht nicht irgendwie bekannt erschienen ist?“ fragte Siffel.

„Nein, lautete die Antwort. Der Knecht meine, es müßte ein Christfremder gewesen sein. Nun habe man sofort alle Gendarmenposten telegraphisch verständigt, und morgen würde eine genaue Beschreibung der geraubten Gegenstände veröffentlicht, damit jedermann vor dem Anlauf der Uhr und Kette Brintmers gewarnt sei.“

Siffel rieb nachdenklich seinen schütterten Stoppelbart.

„Ja, ja — ein Christfremder Das wird wohl so sein. Wer hätte denn auch in Kallreut dem alten Herrgans Leben gehen wollen?“

Da flüsterte ihm Frau Suder, die bis dahin schweigend zugehört hatte, etwas ins Ohr, und der Stichelhafter prallte bestürzt zurück.

„Was Sie nicht sagen, Frau Suder!?! Gefürchtet hätte er schon lange für sein Leben? Jesus, Jesus, was das wahr wäre! Und mir einen Mörder unter uns hätten!“

„Was drängt sich nun um Siffel und die Suder. Es wurde getuschelt und gezeigelt, während keine Blide nach dem stillstehenden Herrchenbaule hinstarrten.“

Und auf einmal wachte jeder etwas Neues. Wie Schuppen fiel es den Leuten von den Augen.

„Wissen Sie noch, wie Sie ihm gelacht hat: „Ewig wird der Großvater auch nicht leben!““

„Und wie vor ein paar Tagen der Streit wegen der Rollen war — wußt Sie's noch. Da hat der Knobes ihm zugehört: „Weiß denn der Vater, ob er noch leben wird im Herbst?““

Die kommunistische Kritik über die Disziplinlosigkeit.

Schon häufig haben die kommunistische Presse über die Disziplinlosigkeit der Arbeiter über die Disziplinlosigkeit etwas ausgesprochen, was sie lieber hätte nicht aussprechen sollen. In der neuesten Nummer des kommunistischen Dresdener „Volksblattes“ wird über eine Bezirksauswertung des Dresdener Groß-Dresden der kommunistischen Partei berichtet, in der der Landtagsabg. Zippel über die politische Lage berichtete und dabei nach dem Bericht des „Volksblattes“ folgendes ausgesprochen hat:

„Der Nord an Kallreut hat die Arbeiter aufgewühlt. Die sozialistischen Parteien haben die Gelegenheit zu Demonstrationen gerne wahrgenommen, was doch in Sachen damit die Möglichkeit verbunden, von der eigenen schlechten Politik abzulenken.“

Kommentar überflüssig.

Die Finanzkontrolle unter Dach und Fach.

Berlin. Der „Baller Anzeiger“ meldet aus Paris: Im Finanzausschuß teilte der Finanzminister mit, daß die deutsche Regierung die gesamte Kontrolle der deutschen Einnahmen am 1. September an einem alliierten Drei-Männer-Komitee, bestehend aus je einem Franzosen, einem Engländer und einem Belgier, unterstellt habe. Das Komitee habe sich jede Vollmacht, den deutschen Geldverkehr und die deutschen Statistiken zu überwachen und zu kontrollieren. Nach einer Meldung der „Baller Nachrichten“ aus Paris, liegen dort Bericht: der Berliner Garantiekommission vor, wonach in Deutschland die Voraussetzungen für eine Anleihe in den Verhandlungen mit der Reichsregierung erzielt worden seien. Die ministeriellen Blätter „Temps“, „Matin“ und „Journal des Debats“ stellen triumphierend die völlige Unterwerfung Deutschlands mit Genugtuung fest.

Ein Entschleunigung gegen weitere Streiks.

Der Kanzler hat durch die sozialdemokratischen Minister die Gewerkschaften ersuchen lassen, von den angekündigten Streikendemonstrationen an drei Tagen der kommenden Woche Abstand zu nehmen, und zwar aus außerpolitischen Gründen. Es verlautet, daß die Ursache in einer Unterredung des Kanzlers mit dem Vorsitzenden des Garantiekomitees zu suchen ist, die am Dienstag stattgefunden hat. Die Entscheidung der Gewerkschaften steht noch aus. Vorläufig ist die Mehrheit noch für Fortsetzung der Demonstrationen. Die Konferenz der Gewerkschaften mit dem Kanzler über die bekannten gewerkschaftlichen Forderungen, die gestern stattfanden sollte, wurde abgelehnt.

Lehows Geständnis.

Der Mörder Lehow hat gestern sein Geständnis um weitere Einzelheiten erweitert. Danach haben an den Vorbereitungen über den Mord in München und Berlin nicht nur die drei Täter, sondern auch eine große Anzahl Mitstreiter teilgenommen, darunter auch der Besitzer des Autos. Der größte Teil dieser Mitstreiter ist inzwischen bereits in Haft genommen, der Rest wird sich in wenigen Tagen in den Händen der Behörden befinden. Lehow macht jetzt wichtige Angaben über Vorbereitungen zur Beteiligung anderer politischer Persönlichkeiten des Reiches.

Neue Forderungen an Deutschland.

Der „Baller Anzeiger“ meldet aus Paris: Im Finanzausschuß der Kammer teilte der Leiter mit, daß die Kosten der durch die Verzögerung des Ultimatus seitens Deutschlands für Frankreich erwachsenen Mobilisierungsmassnahmen sich auf 11 Millionen Franken belaufen. Es sei beim Volkskammer beantragt worden, die Kosten Deutschland zur Wiedererstattung aufzuerlegen.

Die Pariser Angst vor Deutschlands Bankrott.

Das Mittagsblatt Paris Midi schreibt u. a.: Wenn die Dinge so weitergehen wird die deutsche Mark tatsächlich den Weg der ökonomischen Krise gehen. Man sollte nach allem wohl Maßnahmen ergreifen, um die deutschen Finanzen zu bessern. Aber es wird kaum möglich sein, die deutschen Wiederherstellungszahlungen zu retten. Man muß jetzt schnell tun, aber es wird jetzt immer klarer, daß die Zeit gegen den Wiederherstellungsplan arbeitet. Das einzige Mittel sei gewesen, durch eine ausländische Anleihe für die Befestigung der deutschen Mark zu arbeiten. Der Anleiheplan ist be-

„Und heute, als die Toni heimkam — habt ihr das bemerkt, wie sie wieder dem Bruder nach der Schwägerin die Hand reichte? Die kommt etwas, da möchte ich jetzt schwören darauf! Ganz verrückt ist sie in den beiden vorüber, und seitdem hält sie sich nur noch an die Mauer. Die beiden schlafen heute sogar beisammen — die Toni hat's so wollen. Sie fürchtete sich allein unten, hat sie gesagt.“

So schwärzten die Reden durcheinander. Titus Lohle war verstummt und verzogen. Aber es war ihm jetzt auch nicht mehr ums Reden zu tun. Mit Ohr und offenem Munde lauschte er, um ja kein Wortchen zu überhören.

Da kamen schon: Dime heraus! Wenn er die am angezeigten Ort vorbrachte.

„Dankst du mir, wie ich dich heute so erheitert habe — wie aber würde er erst daheim, wenn die Christfremde durch ihn ins Leben gekehrt wurde, nicht in die dunkle Angelenheit zu bringen!“

„Jesus, Maria, und ich gebt mir erst ein Licht auf“, stammelte Frau Glöckl ättern. „Gestern hat sie mir ja die Wohnung vom Großvater angetragen, die Christfremde! Nur ein bißchen warten sollte ich, hat sie gesagt. Lange konnte er es ja nicht mehr machen, sagte sie. Und dann, heute, bekommt niemand anders die Wohnung als Sie, Frau Glöckl. . . .“

„Schämen solltest Du Dich, so was jetzt auch nur über die Lippen zu bringen!“ unterbrach sie ihr Bruder Konrad zornig. „Jetzt gehst aber augenblicklich mit mir hinauf in die Wohnung, Du verfluchene Rächlerin!“

Er war schon vorher, als er merkte, welche Wendung die Unterredung nahm, blöde geworden. Jetzt war ihm Tropfen Blut mehr in seinem Gesicht, aus dem die Augen loderten auf die Schwester blickten.

Sie hatte ihn noch nie so gesehen. Er war sonst immer still gelassen von Weien und freundlich gegen jedermann.

„Aber was ist denn? Was hast denn?“ stammelte sie bestürzt, während sie, von ihm gedrängt, die Treppe hinauf stieg.

„Weil ich's nicht leide, daß Du noch unglücklich, Unschuldige zu verdächtigen!“

„Weißt Du denn, ob sie unglücklich sind? Hast nicht gehört —“

„Weibergewähl!“ schüttelte er ihr kurz das Wort ab. „Nur Frauengemurmel können ein so albernes Gerücht aufbringen. Die Brintmerhofen sind so unglücklich wie Du und ich! Und jetzt geh! Ich mag kein Wort mehr von der dummen Geschichte hören.“

(Fortsetzung folgt.)